



Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
State aid registry
Ref.: HT.582
1049 Brüssel
BELGIEN

stateaidgreffe@ec.europa.eu

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at
erreichbar mit der Linie D

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	501 65	Fa	501 65	Datum
-	GSt/UV/Leo/CS	Christoph Streissler	DW	12168	DW	142168	10.3.2020

Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Rahmen des Emissionshandelssystems 1

Die Bundesarbeitskammer (BAK) ist die gesetzliche Interessenvertretung von rund 3,8 Millionen ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich. Sie vertritt ihre Mitglieder in allen sozial-, bildungs-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Angelegenheiten auf nationaler sowie auch auf der EU-Ebene. Darüber hinaus ist die BAK Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die BAK ist im EU-Transparenzregister unter der Nummer 23869471911-54 registriert.

Nach der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten (ETS-Richtlinie) steht es den Mitgliedstaaten frei zu entscheiden, ob sie Beihilfen für Unternehmen gewähren, die infolge des Emissionshandelssystems der EU (EU ETS) mit Kostensteigerungen bei Elektrizität konfrontiert sind. Die derzeit geltenden Leitlinien für derartige Beihilfen stammen aus dem Jahr 2012 und laufen am 31. Dezember 2020 aus. Sie müssen für die nächsten ETS-Handelsperiode (2021-2030) überarbeitet werden. Für die Überarbeitung der ETS-Leitlinien hat die Kommission im Rahmen einer öffentlichen und einer anschließenden gezielten Konsultation im Jahr 2019 Daten erhoben und anhand der Konsultationsergebnisse eine Bewertung der derzeitigen Leitlinien vorgenommen.

Die BAK hat im Mai 2019 an der öffentlichen Konsultation teilgenommen und zu verschiedenen Aspekten der Leitlinien Stellung genommen. Die BAK kommt der Einladung der Kommission gerne nach, zum nun vorliegenden Entwurf der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Rahmen des Emissionshandelssystems Stellung zu nehmen. Sie geht dabei auch auf dessen mögliche Auswirkungen auf das Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen, auf die Wirksamkeit des ETS-Systems sowie auf mögliche Wettbewerbsverfälschungen ein.

Kurzfassung der Position der BAK

Die BAK steht dem Entwurf weitgehend positiv gegenüber, da er deutlich macht, dass die Kommission beabsichtigt, nur in den Fällen Beihilfen zuzulassen, in denen ein tatsächliches Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen besteht, das durch tatsächliche zusätzliche Kosten von Treibhausgasemissionen entsteht. Sie begrüßt es daher, dass die Emissionsfaktoren der Stromerzeugung weitgehend auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten erhoben werden. Sie hält die Streichung einiger Sektoren von der Liste der berechtigten Sektoren für zweckmäßig. Sie unterstützt die Abschaffung der Bestimmung, dass bei Stromlieferungsverträgen, die keine CO₂-Kosten enthalten, keine staatliche Beihilfe gewährt werden darf.

Die BAK hat aber zwei wesentliche Einwände gegen den vorliegenden Entwurf. Sie ist erstens der Auffassung, dass nicht der CO₂-Emissionsfaktor der fossilen Erzeugung für die Berechnung der Beihilfenhöhe heranzuziehen ist, sondern der CO₂-Emissionsfaktor des gesamten Strommixes im betrachteten Mitgliedstaat beziehungsweise in der betrachteten Region. Zweitens ist sie der Auffassung, dass bei Überschreitung der Beihilfenintensität von 75 % gemäß Randnummer 30 jedenfalls sichergestellt werden muss, dass eine Beihilfenintensität von 100 % nicht überschritten wird.

Positionen im Einzelnen

Gemäß den Beihilfe-Leitlinien bezeichnet der Begriff „Verlagerung von CO₂-Emissionen“ einen zu erwartenden Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen, der dadurch bedingt ist, dass Unternehmen die Produktion an einen Standort außerhalb der Union verlagern, weil sie den durch das EU ETS verursachten Kostenanstieg nicht ohne einen wesentlichen Verlust von Marktanteilen auf ihre Kunden abwälzen können. Für diesen Effekt ist auch der englische Begriff „Carbon Leakage“ gebräuchlich.

Die BAK hat im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Schutz vor Carbon Leakage immer wieder betont, dass dieses Anliegen wichtig und gerechtfertigt ist, dass bei der Beurteilung der Gefahr aber ein strenger Maßstab anzuwenden ist. Dies gilt für direkt exponierte ebenso wie für indirekt (über den Strompreis) exponierte Unternehmen. Die BAK begrüßt daher, dass Artikel 10a Absatz 6 der ETS-Richtlinie mit der Richtlinie (EU) 2018/410 neu formuliert wurde und nun Beihilfen für Unternehmen nur zulässig sind, wenn die indirekten Kosten **erheblich** sind, wenn die Mehrkosten der Stromerzeuger **tatsächlich weitergegeben** werden und wenn die Unternehmen einem **tatsächlichen Risiko** einer Verlagerung von CO₂-Emissionen ausgesetzt sind. Sie hat sich daher schon in der erwähnten Konsultation im Mai 2019 dafür ausgesprochen, einige Sektoren von der Liste der beihilfefähigen Sektoren zu streichen, da dort der Anteil der Elektrizitätskosten vergleichsweise gering ist. Sie unterstützt die nun vorgesehene Liste an Sektoren, da sie auf objektiven und relativ strengen Parametern beruht.

Freilich hält die BAK es für eine Schwäche der derzeitigen Regelung, dass es den Mitgliedstaaten freigestellt ist zu entscheiden, ob sie Beihilfen für Unternehmen gewähren, die infolge des EU ETS mit Kostensteigerungen bei Elektrizität konfrontiert sind. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Mitgliedstaaten, die derartige Beihilfen gewähren, und

Mitgliedstaaten, die dies nicht tun. Daher wäre eine EU-einheitliche Regelung jedenfalls zu bevorzugen.

Die BAK vertrat daher in der erwähnten Konsultation die Meinung, dass die Kompensation indirekter Emissionskosten den Anreiz für eine kosteneffiziente Dekarbonisierung der Wirtschaft untergraben hat. Sie wies darauf hin, dass die tatsächlich geringen Unterschiede im Strompreis zwischen Regionen mit höheren und Regionen mit niedrigem Anteil fossiler Erzeugung zeigen, dass fossil erzeugter Strom nicht wesentlich teurer ist als erneuerbarer.

Dies hat bisher zur Folge, dass Unternehmen, die Beihilfen für indirekte CO₂-Kosten beziehen können, einen perversen Anreiz haben, vorzugsweise fossil erzeugten Strom zu beziehen, da gemäß RN 10 der bestehenden Leitlinien beim Bezug von erneuerbar erzeugtem Strom eine Beihilfe nicht zulässig ist. Aus diesem Grund begrüßt die BAK ausdrücklich die Abschaffung der Bestimmung, dass bei Stromlieferungsverträgen, die keine CO₂-Kosten enthalten, keine staatliche Beihilfe gewährt werden darf. Durch die Abschaffung dieser Bestimmung werden alle Unternehmen, unabhängig vom konkreten Stromliefervertrag, gleich behandelt, da die Beihilfe sich dann am Strommix des jeweiligen Mitgliedstaates bzw der jeweiligen Region bemisst.

Kritik am CO₂-Emissionsfaktor

Als „CO₂-Emissionsfaktor“ wird gemäß RN 14 Absatz 10 die CO₂-Intensität von aus fossilen Brennstoffen in verschiedenen geografischen Gebieten erzeugtem Strom verstanden. In Österreich wird der weit überwiegende Teil des fossil erzeugten Stroms aus Erdgas erzeugt, die CO₂-Intensität von **aus fossilen Brennstoffen** erzeugtem Strom liegt in Österreich somit in der Größenordnung von 0,4 t CO₂/MWh. Da aber der größte Teil des in Österreich erzeugten Stroms jedoch aus erneuerbaren Quellen stammt, liegt die **durchschnittliche** CO₂-Intensität von in Österreich erzeugtem Strom bei 0,064 t CO₂/MWh (Quelle: E-Control), also nur bei einem Bruchteil der Emissionen fossil erzeugten Stroms.

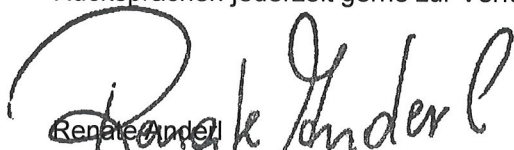
Nach dem vorliegenden Vorschlag geht die CO₂-Intensität von aus fossilen Brennstoffen erzeugtem Strom in die Berechnung des Beihilfenhöchstsatzes nach RN 27 ein. Dies geht von der Annahme aus, dass Unternehmen ausschließlich fossil erzeugten Strom konsumieren. Diese Annahme ist nicht gerechtfertigt und wird auch in der zugrundeliegenden Studie der Kommission nicht gestützt. Daher ist die BAK der Auffassung, dass der CO₂-Emissionsfaktor, der in die Berechnung des Beihilfenhöchstsatzes nach RN 27 eingeht, als durchschnittliche CO₂-Intensität des im jeweiligen geografischen Gebiet erzeugten Stroms zu definieren ist.

Begrenzung des Beihilfenhöchstsatzes

Mit der vorgeschlagenen RN 30 wird die Möglichkeit eingeführt, den Beihilfenhöchstsatz von 75 % unter bestimmten Voraussetzungen zu überschreiten. Mitgliedstaaten können demnach die Beihilfe auf einen noch von der Kommission festzulegenden Anteil der Bruttowertschöpfung des Unternehmens begrenzen.

Nach Ansicht der BAK muss in diesem Fall sichergestellt sein, dass der Beihilfenhöchstsatz dabei 100 % der beihilfefähigen Kosten nicht überschreitet, da anderenfalls die Beihilfe auf eine ungerechtfertigte Weise wettbewerbsverzerrend wirkt.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anliegen und Anregungen und stehen für Rücksprachen jederzeit gerne zur Verfügung.


Renate Andell
Präsidentin

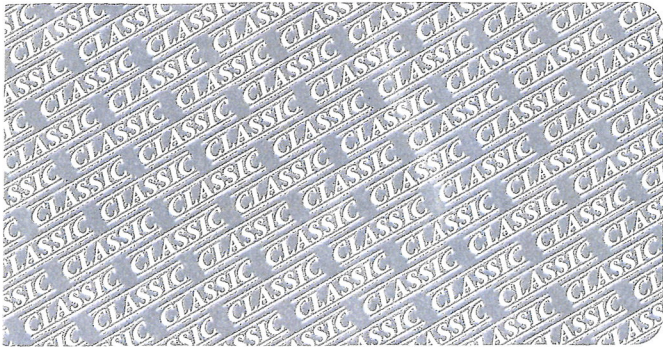

Maria Kubitschek
iV des Direktors

NDESARBEITSKAMMER
INZ EUGEN STRASSE 20-22
10 WIEN

PRIORITY

**Post**
ÖSTERREICHISCHE POST AG

Bar freigemacht/Postage paid
1040 Wien
Österreich/Austria



Courrier Central

Init: LL

Bât: MADO

DG/Unité: COMP

